

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, U. 18, Holbeinstr. 46

Verlagspreis 21 Mark, Postgebühren 14 Mark

Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Wochens. 6.00 M. Ausgabe B 5.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.85 M. Ausgabe B 6.90 M. -

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeilen 1.25 M. im Restmonat 3.50 M. Familien-Anzeigen 1.15 M. -

Zur Durchführung des Betriebsrätegesetzes

Nachdem nunmehr das Betriebsrätegesetz vom Reichsanzeiger veröffentlicht und die Wahlordnung zu demselben bekanntgegeben worden ist, werden die Wahlen innerhalb der einzelnen Betriebe wohl im März stattfinden. Träger der Wahlbewegung werden vornehmlich die gewerkschaftlichen Verbände sein.

Das Gesetz ist insbesondere auch von der Industrie scharf bekämpft worden. Um so mehr darf der Satz auf Beachtung Anspruch nehmen, der sich in Art. 9 der Verfassungsverträge des Reichsverbandes der deutschen Industrie findet: „Das Gesetz ist jetzt angenommen und muß von beiden Parteien, Unternehmern und Arbeitern, eifrig durchgeführt werden.“

Dahin gehört z. B. eine Auffassung, als ob nun der Unternehmer hinsichtlich seines Betriebes gewissermaßen „entrechtet“ sei. Demgegenüber verdient alle Aufmerksamkeit, was z. B. Abgeordneter Dr. Brauns in seiner eben erschienenen Schrift über das Betriebsrätegesetz (W. Gladbach, Volksvereins-Verlag, 3 M.) in dem Kapitel: Betriebsräte und Unternehmer sagt. „Der Unternehmer fällt,“ so heißt es hier, „die Leitung des Betriebes in seiner Hand. Er wird sie künftig nur in anderen Formen und mit anderen Methoden als bisher vornehmen und er wird suchen müssen, die Arbeiter mehr als bisher in das Verständnis der ganzen Unternehmensform und -Arbeiten einzuführen.“

Wederlich ist das von den „Unabhängigen“ in die Wahlen bereits das politische Moment hineintragen wird. Schon jetzt ist von ihnen das Stichwort: „revolutionäre Betriebsräte“ ausgehoben worden. Statt dessen sollten doch auch von den „radikalen“ Arbeitern die Worte beherzigt werden, die in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. 1. 1920 zu lesen sind:

„Das Gesetz ist ein Experiment. Wird es an den Arbeitern unverändert anzuwenden, kann es sowohl dem gesamten Wirtschaftlichen als auch der Solidarität der Arbeiter untereinander tiefe Wunden schlagen. Gewinnt z. B. der Betriebssozialismus weit von oben abwärts die Betriebsräte dann tüchtige Kerle zu sein, wenn sie in einem Betrieb, der gute Extraktstoffe abwirft für die Arbeiter noch allerlei lebendige Forderungen durchzusetzen suchen, dann geht der gewerkschaftlich offen eintönige Grundlag der Gleichheit der Arbeitsbedingungen zu Bruch.“

In seiner Schrift bringt Dr. Brauns neben dem neuen Text des Gesetzes dem Text einschlägiger einzelner Bestimmungen und Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und Wahlordnungen, eine eingehende Einführung in Wesen und Sinn des Gesetzes. „Wenn selbe Teile“ so betont er, „vom rechten Geiste, die Verantwortlichkeit vom Verantwortlichkeitsgefühl, die Arbeiter aber vom guten Willen zur Verständigung mit der Arbeiterschaft, erfüllt sind, dann ist das Gesetz ein Mittel wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sein. So ist es auch vom Gesetzgeber gedacht.“

Die endgültige Stellungnahme des Zentrums zu Erzberger

Berlin, 29. Februar. Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumsfraction der Nationalversammlung haben gelegentlich ihrer Tagung vom 28. Februar die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger erörtert. Die endgültige Stellungnahme wurde, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Reichsparteitag vom 22. Januar d. J. vorbehalten, bis die tatsächlichen Feststellungen des Urteils in der schwebenden Strafsache gegen Erzberger und die Ergebnisse des Verfahrens vor der Steuerbehörde gegen Erzberger vorliegen werden.

Der Streit um den Vorbeer

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß so manche Bestimmung des Versailler Gewalt- und Schmachtfriedens und auch zahlreiche der späteren verhängenden Bestimmungen und Bedingungen neben der Rücksicht Frankreichs auch der französischen Angst vor einem etwaigen Widererstarken Deutschlands ihre Entstehung verdanken. Die Sieger von heute haben es an eigenen Leiden erfahren, wie eine Niederlage wirkt, selbst wenn sie von den Siegern nicht so rücksichtslos und brutal ausgeübt wird, wie es die Alliierten mit der Niederlage Deutschlands getan haben. Außerdem verdrückt sich Frankreich in seinem Siegestrausch doch nicht der durch die Geschichte erhärteten Wahrheit, daß Koalitionen geschwächt sind, besonders aber Koalitionen, die zwischen so in ihren Interessen auseinanderstrebenden Staaten abgeschlossen sind, wie es die nun einmal in der Koalition gegen Deutschland verbundenen Staaten barben. Aber nicht nur die Geschichte ist da ein guter Lehrmeister, sondern auch die allerneueste Gegenwart, die fast jeden Tag aufs neue zeigt, wie innerhalb der Entente die Gegensätze immer wieder aufeinander stoßen und nur mit aller Staatskunst überbrückt werden können. Wir haben das erst in den jüngsten Tagen erlebt in der Auslieferungsfrage und in der Frage der Herabminderung der deutschen Seestreitkräfte. Wollte man jedoch aus diesen Geschehnissen in den Anschauungen der vertriebenen Ententestaaten irgendwelche Vorteile für Deutschland erkennen, oder z. B. die Gegenseite als Faktoren in unsere auswärtige Politik einfließen, so benötigt man damit einen verhängnisvollen Fehler. Nicht einen Augenblick dürfen wir die unumstößliche Gewissheit aus den Augen verlieren, daß die in manchen Dingen nicht so ganz geschlossenen Einigkeit unter den Alliierten im Augenblick wieder in einer offenen Kluft zerfallen wird, wenn etwa Deutschland versuchen sollte, diese Interessensgegensätze der vertriebenen Ententestaaten gegeneinander auszunutzen. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir diese Reimannsverschiedenheiten mit lebhaftem Interesse verfolgen mit dem Interesse des unbeteiligten Dritten. Und manchmal darf dieses Interesse von einem tiefen schmerzhaften Schmerz begleitet sein, wenn es sich um die Alliierten herum dreht, wer den Ruhm für sich in Anspruch nehmen darf durch seine Betätigung an der aktuellen Uebermacht den Ausschlag zu geben und Deutschland zur Strecke gebracht zu haben. Dieser Streit um den Vorbeer hat für uns etwas Komisches da wir wissen, daß es all unsere Reiben selbst mit dem Vorbeer ihrer armenen Schwärze braunen und gelben Hühner nicht erkennen wäre. Deutschland auf die Erde zu gewinnen, wenn nicht im letzten Augenblick Willen keine neutrale Waage hätte fallen lassen und die ganzen Maßnahmen der Vereinigten Staaten in die Wahlschale geworfen hätte. Die „Washington Post“ hat das erst in den letzten Tagen zu hervorragender Stelle den europäischen Verhältnissen unter die Lupe gezogen. Ohne Zweifel heißt es da bei England anzufragen, gewinnlich sich einem von Deutschland anferleuten Frieden zu unterwerfen. „In was mag den Anteil Kurvitas am Krieg so sehr beunruhigen wie man weiß, die Wahrheit ist daß die Verbündeten das auf dem letzten Weg stehen und bereit waren einen deutschen Frieden anzunehmen, und daß dem nur durch Entsendung unerhörter Verstärkungen, durch unsere Meeresflotte und durch unsere volle Mithilfe vorgebeugt wurde.“ Mit erwidert der Deutsche und Offenergeistler sagt also der große Bruder jenseits des Ozeans hier seinen Verbündeten recht unangenehm Littere Wahrheiten. Was wunder, daß der französische Stolz auf das Empfindliche vor er ist. In oft hat der gallische Hahn in die Welt hinaus geteilt, daß Frankreich die größten Opfer gebracht hat, und es französische Heldennacht war, die den Sieg herbeiführte. Und schon steht in der französischen Kammer Briand auf und erklärt unter dem Beifall aller Abgeordneten, Frankreich müsse in der Welt die erste Rolle spielen und man müsse stets betonen, daß ohne Frankreich Deutschland stark genug wäre. Man sieht, Frankreich hat noch Ideale. Es ist ihm nicht genug, daß es von der Welt ein gut Teil geschluckt hat und nach immer neuen Vorwänden sucht, um weitere Stücke des erlösten Feindes zu verschlingen, es will auch den „Ruhm“ für sich in Anspruch nehmen und seine „Glorie“ neu vergolden. Was kann es recht sein. Wenn sie sich streiten, wenn am tiefsten das Herz in den Höfen geklärt hat. Wir haben keinen Nutzen und auch keinen Schaden davon. Die Geschichte aber wird feststellen, daß ohne das Eingreifen Amerikas weder Frankreich noch England mit all ihren Trübsalen das aufzuheben, vier Jahre von der ganzen Welt abzuschnitten Deutschland auf die Erde gewonnen hätten. Und schon heute wissen wir aus dem Verhalten Frankreichs bei der Friedenskonferenz und aus all seinen weiteren Maßnahmen, Demütigungen und Verdrückungen, daß der gallische Hahn auch das niedergebrennende ohnmächtige Deutschland noch immer fürchtet, was er auch noch so häufig mit den Alliierten klagen und lächeln, ich war es, ich war der den Adler zur Strecke gebracht hat.

Die Zukunft der Türkei

Von unserem außerpolitischen Mitarbeiter Die Zukunft der Türkei war nach dem Zusammenbruch des Bundes der Mittelmächte in völliges Dunkel gehüllt. Während des Krieges haben die Staatsmänner der Ententemächte Drohungen über Drohungen der Türkei gegenüber ausgesprochen, die sich alleamt in der Richtung bewegten: die Türkei hat aufgehört, zu bestehen, Konstantinopel werde unter seinen Umständen künftighin Hauptstadt der Türkei bleiben. Es war auch damals schon ersichtlich, daß diese Drohungen nur gewirkt worden war, um die großen Interessensgegensätze, die sich gerade innerhalb der Entente wegen der Frage des Schicksals der Türkei erhoben hatten, nach außen hin zu überblenden. Bei dem einander direkt widerstrebenden Interessen Frankreichs und Englands, wobei das englische Interesse das weitaus größere ist, denen sich die Interessen Russlands beigesellen, war es von vornherein klar, daß ein Ausgleich etwa in dem Sinne, daß Konstantinopel internationalisiert werde, nicht möglich war. Eine solche „Lösung“ hätte nichts anderes als fortgesetzten Krieg bedeutet. Nun hat die Entente eine andere Lösung beschlossen, über welche sich Lord George hierer Tage im englischen Unterhaus aussprach. Danach ist der Vorschlag der Internationalisierung Konstantinopels aufzuheben. Konstantinopel soll auf künftige Hauptstadt der europäischen Türkei bleiben. Dagegen soll die Dardanellenstraße eine Internationalisierung in dem Sinne erfahren, daß sie einen freien Weg zwischen Schwarzen Meer und Ozean bilde. Um das zu erreichen, müssen die Dardanellenstraßen gesäubert werden und die Türken dürfen keine Truppen im Bereich der Wasserstraßen halten. Dagegen sollen die Alliierten die Garnisonen an diesen Wasserstraßen besetzen.

Auf diese Weise ist allerdings das Ententeziel, welches hier ausgedrückt ist, England ist und welches darauf hinauszielt, die Türkei unter die Vormundschaft der Entente zu stellen, ebenfalls erreicht. So sollen denn noch türkische Truppen etwas zu besetzen haben, wenn nicht an den Dardanellen und in Konstantinopel. Und ist das eine „Freiheit“, die unter dem Nachschob der Entente steht? Dieses Heberkommen, das man jetzt der Welt als ganz harmlos darzustellen und schmücken in wachen Licht, bedeutet in seinem letzten Grunde nichts anderes als die Aufriktion einer Oberhoheit über die europäischen und asiatischen Völkern an den Schwarzen Meer, nur daß man diese Oberhoheit unter einem unverständlichen Firmenschild verstecken will. Für uns Deutsche ist die Entscheidung der türkischen Frage um so schmerzlicher, als die deutsche Politik darauf ansetzt war, die Türkei und das türkische Volk aus ihre künftigen Dasein an einem mit Pöbel und Unwissenheit erfüllten staatlichen Organismus zu erhalten. Wenn nun auch eine Völkermacht dazu und unsere Politik mit der Türkei entzweit hat, so brauchen wir doch keineswegs daran zu verzweifeln, daß die Kulturarbeit, welche Deutschland leistet hat, vergeblich gewesen sein soll. Die deutsch-türkischen Interessen werden ganz von selbst in neuer gemeinschaftlicher Arbeit zusammenfließen und diese Arbeit wird um so erfruchtlicher sich gestalten, als die Politik, auf der sie sich aufbaut, herabstürzt ist durch deutschen Fleiß und deutsche „unermüdete“ Tatkraft. Auch über die türkische Frage und die deutsche Türkeipolitik wird einst die Geschichte ihr Urteil sprechen.

Mangelhafter Schutz der unter polnische Herrschaft kommenden Deutschen

Wie wird sich die Lage der unter polnische Herrschaft kommenden Deutschen nach dem Friedensvertrag an Polen stellen? Die „Arbeiter-Zeitung“ hat sich über die deutsche Unterwerfung unter die polnische Herrschaft vollständig gleichgültig gezeigt, sie sollten besonders keine Klagen darüber führen können. Die deutsche Unterwerfung unter polnische Herrschaft ist ein unumkehrbares Faktum. Es solle insbesondere auch Rücksicht auf die Gefühle genommen werden, die sie als frühere Deutsche hatten. Das trotzdem an mehr als einem Orte bei der Übergang und in der auf dieselbe folgenden Zeit sich vorfinden ereigneten die sehr wenig mit solchen Versicherungen in Einklang zu bringen sind, mag teilweise aus der exzessiven Stimmung, aus einem gewissen Egoismus, aber auch aus dem Glauben früherer Zeiten, wenn auch nicht zu unterschätzen, so doch zu erklären sein. Bedauerlicher ist jedoch die Frage, ob und wie sich die von derartigen Vorformulungen betroffenen Deutschen gegen die Willkürlichkeiten schützen können. Eine Entität der Friedensvertrag auch die Bestimmungen über den sogenannten Minoritätenschutz. Artikel 93 Absatz 1 des Friedensvertrages lautet: „Polen ist damit einverstanden, daß die alliierten und assoziierten Staatmächte in einem mit ihm zu schließenden Vertrage die Bestimmungen aufnehmen, die sie zum Schutze der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in Polen für notwendig halten.“ Dieser Artikel bildet die Grundlage für den Schutz der jetzt unter polnische Herrschaft stehenden Deutschen. Es muß aber beachtet werden, daß dieser Vertrag nur abgeschlossen ist unter Frankreich, England, Amerika, Italien und Japan einverstanden und Polen anwesend. Deutschland ist an diesem Vertrage gar nicht beteiligt und hat darum auch keinerlei Mitsprache, auf Grund dieser Bestimmungen des Friedensvertrages irgendwelche Forderungen zu stellen, seiner früheren Unterwerfung geltend zu machen. Werden die Rechte der deutschen Minorität in Polen irgendwie verletzt, so kann Deutschland kollektiv nicht durch seinen Gesandten einschreiten oder an irgendwelche Schieds- und Schlichtungsinstanzen gehen. Irgendwelche Schutzrechte hat Deutschland über seine früheren Bürger nicht mehr. Die Garantie für den Schutz der Rechte der deutschen Minorität in Polen hat lediglich der Friedensvertrag übernommen, von dem einmalige Forderungen entrichtet werden sollen. Vorläufig steht aber dieser Vertrag noch ganz auf dem Papier, und ob und wenn er zu einer wirklich handlungsfähigen Unterwerfung wird, weiß nicht jemand in der Welt zu sagen. Aber auch wenn es anders wäre, so würde der gerechte Weg für die

Pianos - Johann Urbas | Edler, weicher Ton! Friedensmässiges Material! Garantie! Aeußerst preiswert! Verkauf: Hentschel & Gräf, Dresden-A., Schloßstraße 18, Fernspr. 13 432